

Gemeinsam für ein gerechtes und friedliches Land

Es geht nicht fair zu. Nicht in unserem Land, nicht in Europa und auch nicht auf der großen Bühne der Weltpolitik. Profit triumphiert über Gemeinwohl, Gewalt über Völkerrecht, Geld über Demokratie, Verschleiß über umweltbewusstes Wirtschaften. Wo nur noch Werte zählen, die sich an der Börse handeln lassen, bleibt die Menschlichkeit auf der Strecke. Dagegen stehen wir auf: für Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt, für Frieden und Abrüstung, für die Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir leben in einem Land voller Widersprüche. Wir bauen international gefragte Autos und Maschinen, aber unsere Kinder schicken wir in marode Schulen, in denen Lehrerinnen und Lehrer fehlen und immer wieder der Unterricht ausfällt. Die Regierung rettet Banken und subventioniert Konzerne, aber sie ist nicht bereit, alte Menschen vor Armut zu schützen. Das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft, dass jeder, der sich anstrengt, auch zu Wohlstand kommen kann, gilt im Zeitalter von Leiharbeit und Niedriglohnjobs nicht mehr. Es gibt immer mehr Arbeitsplätze, von denen man nicht leben, geschweige denn eine Familie ernähren kann. Die Mittelschicht wird schmäler. In kaum einem anderen europäischen Land ist die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern so groß wie bei uns in Deutschland. Gerade diejenigen, die sich im Beruf fürsorglich um andere Menschen kümmern, werden oft demütigend schlecht bezahlt. Weit mehr als die eigene Leistung entscheidet die Herkunft über die Chance auf ein gutes Leben. Die Vermögensungleichheit ist so hoch wie zu Kaisers Wilhelms Zeiten.

Vor allem große Unternehmen und ihre Eigentümer sind die Gewinner von Globalisierung, Freihandel, Privatisierung und EU-Binnenmarkt. Für die Wohlhabenden hat sich das Versprechen „Europa“ erfüllt. Wer hoch qualifiziert und mobil ist, kann die neuen Freiheiten nutzen. Im Gegensatz dazu hat knapp die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland heute ein geringeres Realeinkommen als Ende der neunziger Jahre. Viele von ihnen sehen in Freizügigkeit und Zuwanderung

vor allem eine verschärzte Konkurrenz um schlecht bezahlte Arbeitsplätze. Auch für osteuropäische Beschäftigte in deutschen Schlachthöfen oder in der Pflege ist vor allem die Ausbeutung grenzenlos geworden. Und während Konzerne hohe Dividenden ausschütten, streiten die Ärmsten an den Tafeln um überlagerte Lebensmittel.

Seit der Sozialstaat keine ausreichende Sicherheit mehr gibt, kämpfen viele für sich allein. Wer seinen Job verliert oder durch längere Krankheit ausfällt, ist schnell ganz unten. Hartz IV enteignet Lebensleistung, egal, wie lange jemand gearbeitet und in die Sozialkassen eingezahlt hat. Im öffentlichen Bereich wird gekürzt und privatisiert. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Wasser, Bahnverkehr, Schwimmbäder ... - mit allem wird heute Profit gemacht. Besonders dramatisch sind die Veränderungen am Wohnungsmarkt, seit nicht mehr Städte und Gemeinden, sondern renditeorientierte Investoren den Takt angeben. Menschen mit normalen Einkommen, vor allem Alleinerziehende und Familien mit Kindern, können sich Wohnungen in den Innenbezirken großer Städte kaum noch leisten.

Die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts, wachsende Unzufriedenheit und empfundene Ohnmacht schaffen einen Nährboden für Hass und Intoleranz. Auch wenn der Hauptgrund für Zukunftsängste die Krise des Sozialstaats und globale Instabilitäten und Gefahren sind: Die Flüchtlingsentwicklung hat zu zusätzlicher Verunsicherung geführt. Übergriffe auf Menschen aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Religion häufen sich. Wir lehnen jede Art von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass ab. Gerade deshalb halten wir die Art und Weise, wie die Regierung Merkel mit den Herausforderungen der Zuwanderung umgeht, für unverantwortlich. Bis heute werden Städte, Gemeinden und ehrenamtliche Helfer weitgehend allein gelassen. Viele bereits zuvor vorhandene Probleme wie der Mangel an Sozialwohnungen, überforderte Schulen oder fehlende Kitaplätze haben sich weiter verschärft. Am Ende leiden vor allem die ohnehin Benachteiligten.

Gründungsaaufruf

Wir haben kein vorgefertigtes Programm. Der Gründungsaaufruf ist die grundsätzliche Gesinnung der Bewegung, aber das Programm, dieses werden wir gemeinsam mit unseren Anhängern erarbeiten.

Die globalen Gefahren wachsen. In den internationalen Beziehungen ersetzt das Faustrecht des militärisch Stärkeren immer öfter Verhandlungen und Diplomatie. Hemmungslos werden Kriege geführt, um Zugang zu begehrten Rohstoffen zu erhalten oder geopolitische Einflusszonen auszuweiten. Das gilt besonders für die Vereinigten Staaten. Diese Kriege haben ganze Regionen verwüstet, islamistische Terrorbanden gestärkt und sind ein wesentlicher Grund für globale Fluchtbewegungen. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit in Europa und des Interessenausgleichs zwischen Ost und West, zwischen kleineren und größeren Staaten wurde aufgegeben. Das Wettrüsten zerstört alle Errungenschaften der Abrüstung in den 90er Jahren. Im Verhältnis zu Russland herrscht Eiszeit. Und deutsche Regierungen machen immer öfter mit: bei Kriegen, bei Waffenexporten in Krisengebiete, bei der Missachtung des Völkerrechts. Die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes der großen Atommächte ist wieder größer geworden. Von naturverträglichem, klimaschonendem Wirtschaften sind wir nach wie vor weit entfernt. Im Gegensatz zum Anspruch von Kreislaufproduktion und langer Haltbarkeit werden viele Produkte von den Herstellern extra so konstruiert, dass sie schnell kaputt gehen und sich schlecht oder gar nicht reparieren lassen. Im Ergebnis wachsen die Müllberge. Die Vergiftung der Böden, des Grundwassers und der Meere erreicht bedrohliche Ausmaße. Gerade Ärmere sind in besonderem Maße betroffen. Sie wohnen meist an den lautesten Straßen mit der schlechtesten Luft, haben im Beruf weit öfter mit gesundheitsgefährdenden Substanzen zu tun und müssen beim Einkauf ihrer Lebensmittel besonders auf den Preis achten. Dass Arme in Deutschland im Schnitt 10 Jahre früher als Reiche sterben, hat nicht nur, aber auch damit zu tun.

Wir nehmen das nicht mehr hin. Wir wollen nicht in einer Gesellschaft leben, die sozial immer tiefer gespalten ist. Wir halten es für falsch, dass die deutsche Regierung sich einer unberechenbaren, zunehmend auf Konflikt orientierten US-Politik unterordnet, statt sich auf das gute Erbe der Friedens- und Entspannungspolitik Willy Brandts, Egon Bahrs und der Friedensbewegung in Ost und West zu besinnen. Statt Bio nur für Besser-verdiener, fordern wir eine gesunde Umwelt und gesundes Essen für alle. Wir erwarten, dass Deutschland und Europa sich ihrer Mitverantwortung für Flucht und Migration stellen und endlich überzeugende Schritte zur Bekämpfung der Ursachen beschließen.

Es ist eine Lüge, wenn man uns erzählt, die aktuelle Politik sei im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung alternativlos. Wachsende Ungleichheit ist keine Naturgewalt. Der globalisierte Finanzkapitalismus, der Konzerne und Vermögende aus der sozialen Verantwortung entlässt, ist nicht Ergebnis technologischer Entwicklungen, sondern politischer Entscheidungen. Die Digitalisierung kann uns neue Freiheiten bringen und unser Leben vielfältiger und reicher machen, wenn wir ihre Gestaltung nicht den Profitinteressen globaler Internetgiganten überlassen. Wir befahnen fairen internationalen Handel. Aber eine Globalisierung, die transnationalen Kapitalgesellschaften ermöglicht, demokratische Regeln zu umgehen und sich weltweit die billigsten Arbeitnehmer, die niedrigsten Steuern und die schlechtesten Standards auszusuchen, lehnen wir ab. Beschäftigte dürfen nicht länger Spielball von Renditezielen sein. Der Mensch ist kein Kostenfaktor. Nicht er ist für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft für den Menschen. Das deutsche Grundgesetz sagt unmissverständlich: Eigentum verpflichtet, es soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Die Spielräume für die Politik in einzelnen Ländern sind auch heute noch weit größer als uns eingeredet wird. Eine vernünftige Politik kann den sozialen Zusammenhalt wiederherstellen und den Sozialstaat erneuern. Sie kann die Bürger vor dem globalen Finanzkapitalismus und einem entfesselten Dumpingwettbewerb schützen. Sie kann und muss in die Zukunft investieren.

Wir wollen keine *marktkonforme* Demokratie, in der sich die Politik von den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr entfremdet. Heute wenden sich viele ab, weil sie sich im Stich gelassen fühlen. Weil sie immer wieder erleben, dass ihre Bedürfnisse weit weniger Einfluss auf politische Entscheidungen haben als die Wünsche zahlungskräftiger Wirtschaftslobbyisten.

Die traditionelle Protestversammlung zum 3. Oktober fand nach Redaktionsschluss statt. Wir berichten darüber in unserer nächsten Ausgabe

Wir wollen die Politik zurück zu den Menschen bringen. Und die Menschen zurück in die Politik. Denn wir sind überzeugt: nur dann hat die Demokratie eine Zukunft.

Es gibt in der Bevölkerung Mehrheiten für eine neue Politik: für Abrüstung und Frieden, für höhere Löhne, bessere Renten, gerechte Steuern und mehr Sicherheit. Für höhere öffentliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Aber es gibt keine mehrheitsfähige Parteienkoalition, die für eine solche Politik steht. In anderen europäischen Ländern sind aus dem Niedergang der etablierten Parteien neue Bewegungen entstanden, die die Politik verändert haben.

Wir gehören unterschiedlichen Parteien an oder sind parteilos. Viele der Initiatoren von *Aufstehen* sind keine Politiker. *Aufstehen* ist auch keine neue Partei, sondern eine überparteiliche Sammlungsbewegung, in die jede und jeder sich einbringen kann, die oder der die in diesem Gründungsaufruf benannten Ziele unterstützt. Ein detaillierteres Programm wird sich *Aufstehen* in einem transparenten Diskussionsprozess selbst erarbeiten. Bei uns hat jede Stimme Gewicht. Wir setzen auf eine neue Nähe und direkte Kommunikation. Deshalb werden wir als erste Organisation in Deutschland das im Umfeld der Occupy-Wall-Street-Bewegung entstandene digitale Debatten-Tool Pol.is einsetzen. Wir wollen aufklären, Diskussionen organisieren und im Ergebnis für unsere gemeinsamen Forderungen gesellschaftlichen Druck entfalten. Wir werden interessante Ideen und kreativen Gedanken ein Podium bieten. Vor allem aber werden wir die Forderungen, die die Menschen am meisten bewegen, auf die Straße und in die Politik tragen.

Unsere Ziele sind:

- Eine neue Friedenspolitik: Deutschland und Europa müssen unabhängiger von den USA werden. Abrüstung, Entspannung, friedlichen Interessenausgleich und zivile Konfliktverhütung fördern statt Soldaten in mörderische Kriege um Rohstoffe und Macht schicken. Die Bundeswehr als Verteidigungsarmee in eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft einbinden, die Ost und West umfasst.
- Sichere Jobs, gute Löhne, gerechte Steuern und ein erneuter starker Sozialstaat in einer innovativen Wirtschaft: Leiharbeit, Missbrauch von Werkverträgen und Scheinselbständigkeit bekämpfen! Die Digitalisierung muss zu einer Umverteilung von Arbeit führen: weniger Stress für alle, statt Arbeitslosigkeit für die einen und Überarbeitung in zunehmend prekären Jobs für die anderen. Anständige Renten statt Riester-Abzocke, eine echte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die Lebensleistung schützt, statt Absturz durch Hartz IV. Untere und mittlere Einkommen steuerlich entlasten, große Vermögen und Konzerne stärker heranziehen, den Steuertricks durch Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen den Boden entziehen.
- Naturverträglich wirtschaften, Ressourcen schonen und die Tier- und Pflanzenwelt schützen: damit wir unseren Kindern eine intakte Natur und ein lebensfreundliches Klima hinterlassen. Saubere Luft und sauberes Wasser, Artenvielfalt und gesunde Böden sind die Basis unserer Lebensqualität.
- Privatisierungen stoppen und rückgängig machen, Gemeinwohl ist wichtiger als Rendite: Für bezahlbares Wohnen, gut ausgestattete Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Für eine demokratische digitale Infrastruktur statt Enteignung unserer Privatsphäre durch Facebook, Google & Co.
- Exzellente Bildung für alle: frühkindliche Bildung und mehr Lehrerinnen und Lehrer für bessere Lebenschancen. Der Bildungserfolg darf keine Frage der Herkunft sein.
- Demokratie retten: wir wollen nicht von Konzernen und Banken regiert werden. Direkte Demokratie ermöglichen. Lobbyismus aufdecken und Parteidarlehen von Unternehmen verbieten.
- Sicherheit im Alltag: mehr Personal und bessere Ausstattung von Polizei, Justiz und sozialer Arbeit; ein Strafrecht für Unternehmen statt Kapitulation des Rechtsstaats.
- Ein europäisches Deutschland in einem geeinten Europa souveräner Demokratien. Die Europäische Union soll Schutz- und Gestaltungsraum sein, aber nicht Katalysator einer marktradikalen Globalisierung und der Aushöhlung von Demokratie. Europäische Politik braucht eine demokratische Legitimation.

- Hilfe für Menschen in Not: Das Recht auf Asyl für Verfolgte gewährleisten, Waffenexporte in Spannungsgebiete stoppen und unfaire Handelspraktiken beenden, Kriegs- und Klimaflüchtlingen helfen, Armut, Hunger und Elendskrankheiten vor Ort bekämpfen und in den Heimatländern Perspektiven schaffen. Durch eine neue Weltwirtschaftsordnung die Lebenschancen aller Völker auf hohem Niveau und im Einklang mit den Ressourcen angeleichen.

Weil die Probleme sich auf den eingefahreneren Gleisen nicht mehr lösen lassen, bedarf es eines neuen Aufbruchs. Wir werden den Sprachlosen eine Stimme und den Unsichtbaren eine Bühne geben. Wir fordern Mitsprache und Mitgestaltung für alle und nicht nur für die Wohlhabenden. Demokratische Politik muss das Rückgrat haben, Konflikte mit mächtigen Interessengruppen, etwa der Finanzwirtschaft oder den Superreichen, durchzustehen. Was die Konzerne durch ihr Geld, ihren Medieneinfluss und ihre Lobbyisten schaffen, müssen wir durch unsere Stärke, innere Toleranz und öffentliche Resonanz erreichen. Wenn die Vielen sich sammeln und nicht mehr vereinzelt bleiben, dann haben sie mehr Macht als die wenigen Privilegierten. Dann kön-

Es ist Aufstehen für

- Für eine Zukunft unseres Landes.
- Für Frieden und Völkerverständigung.
- Für Abrüstung.
- Für ein Miteinander und Gleichheit.
- Für das Recht auf Arbeit.
- Für bezahlbare Wohnungen.
- Für eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Es ist Aufstehen gegen

- Kriege und deren Vorbereitung.
- Hochrüstung und Wettrüsten.
- Völkermord und Rüstungsexporte.
- Die Vernichtung unseres Erdballs.
- Massenvernichtungsmittel und Profitwahn.
- Rechts und Neuen Faschismus.
- Die Privatisierung von gesellschaftlichem Eigentum.
- Den Missbrauch der Natur zur privaten Bereicherung.

Konkrete soziale und weitere Fragen sollten wir gemeinsam definieren.

nen sie ihre Interessen durchsetzen und die Politik in unserem Land verändern. Dann können Sie Menschlichkeit, Frieden, Sicherheit und Zusammenhalt ganz oben auf die Agenda setzen.

Gemeinsam für ein gerechtes Land in einem gerechten Europa! Miteinander für eine bessere Welt!

Dafür lasst uns aufstehen!

Position des Vorstandes von ISOR e.V., beschlossen am 19. September 2018

Im Kommunistischen Manifest steht „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“.

Die Internationale wurde deshalb gebildet und war dem Motto verpflichtet.

In den Bekundungen nach dem Krieg 1945 man war sich einig „nie wieder Krieg!“ „Beseitigung aller Ursachen der Kriege!“.

Heute ist es geschafft worden, alle linksgerichteten und antikapitalistischen Strömungen zu entzweien und deren Einigung zu verhindern.

Gerade deshalb: Aufstehen! Zusammen handeln.

Natürlich trommeln die Konzernmedien gegen die Bewegung „Aufstehen“. Deshalb dürfen wir nicht aufhören, den Menschen unsere Argumente für die sie berührenden aktuellen Themen in unserer Zeit zu vermitteln. Dazu zählt zum Beispiel ein Flüchtlingsheim, welches gebaut wurde, aber leer steht und

mit dem Immobilienhaie verdienen, oder in dem Integration unmöglich ist, die Anwohner nicht einbezieht, sondern belastet. Oder das Übertragen von Arbeit, soziale Hilfe und Unterstützung aufs Ehrenamt. Das dient nur dem Umverteilen von unten nach oben.

An solchen und vielen anderen Fragen können sich zweifelnde Menschen die Notwendigkeit der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ selbst bewusst machen. Sie sollen in der Familie, mit Freunden und Bekannten reden. Dadurch soll das Erkennen und gemeinsame Handeln von unten erwachsen. In Deutschland gibt es viele Positionen, bei denen unterschiedlich geprägte Kräfte eine gemeinsame Ansicht haben. Das Trennende wird unbedeutender, wenn das Einende als wichtiger erkannt wird.

Bei „Aufstehen“, das ist unser Standpunkt, geht es nicht um einen Parteienwechsel. Wenn andere Parteien auf diese Sammlungsbewegung einschwenken, ihre

Positionen wahren und Zusammenstehen für die Themen im „Aufstehen“, dann ist zunächst mehr erreicht, als bisher. Es geht um einen Wechsel in den aktuellen Richtungen der Politik. Mit „Aufstehen“ sollen in diesem Sinne Impulse für einen Richtungswechsel ausgelöst werden.

Die Bürger, die AfD wählen, wollen oftmals auch nur eine Änderung der Politik. Sie haben nicht begriffen, dass sie beim Dummenfang die Gefangenen der AfD sind. Sie haben das AfD-Parteiprogramm möglicherweise nicht bis zum Ende gelesen bzw. verstanden. Diese Wähler werden von gut gebildeten und prominenten in Staat und Wirtschaft Tägen manipuliert.

Es muss diesen zu Recht unzufriedenen Menschen eine für sie nachvollziehbare bessere Alternative gezeigt werden. Es reicht nicht, ihnen zu sagen, ihr steht auf der falschen Seite. Mit Recht sagen sie dann, die AfD tut wenigstens etwas.

Diese Menschen müssen sehen und erkennen, dass es für sie bessere, friedlichere, Alternativen gibt. Hier sind eigene Gedanken gefordert. Und in der Gemeinsamkeit von „Aufstehen“ sollen sie gefördert werden.

Noch ist die Bewegung „Aufstehen“ ein kleines Pflänzchen, auch wenn die veröffentlichten Zahlen in unseren Medien der Realität weit hinterherhinken. Aber durch unser Engagement soll es wachsen. Was die Medien

falsch darstellen: „Aufstehen“ heißt nicht in eine Partei eintreten, heißt nicht seine Partei zu verlassen.

Es heißt Mitwirken zur Stärkung von „Aufstehen“ zur gemeinsamen Erarbeitung der Themen sowie zu den derzeitigen Schwerpunkten, heißt Möglichkeiten finden, mit den jeweiligen Mitteln, in Parteien, Gewerkschaften, in den Vereinen und Verbänden, unter nicht organisierten Bürgern die Bereitschaft zu wecken,

ein Stück des Weges mitzugehen, um die erkannten Fragen einer Lösung zuzuführen. Wo wir uns nicht den Themen stellen, die die Bürger wirklich bewegen und besorgt machen, stehen demagogische und rechte Kräfte bereit. In der Vielfalt der Themen, die die Bürger bewegt, sehen wir die potenzielle Stärke der Bewegung „Aufstehen“.

**Bekennen wir uns dazu!
Beteiligen wir uns!**

Aus der Arbeit des Vorstandes

Peter Alff erstattete den Bericht der Revisionskommission, die bei ihren Überprüfungen keine Verstöße gegen die Finanzordnung oder andere Unstimmigkeiten festgestellt hat und bestätigt, dass die Finanzunterlagen korrekt, nachvollziehbar und transparent geführt werden.

*

Horst Parton und weitere Vorstandsmitglieder informierten über ihre Teilnahme an größeren Zusammenkünften in den TIG, wie dem Altmarktreffen, dem Treffen der ost-sächsischen TIG, dem Sommerfest in Rostock, sowie einer erweiterten Vorstandssitzung in Berlin-Marzahn. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass sich die Lage in den TIG wieder stabilisiert hat, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder gefestigt wurde und ein aktiver Kern der Mitglieder die Führungskonzeption des Vorstandes umsetzt.

*

Der Vorstand verständigte sich über die Haltung der ISOR zur Bewegung „aufstehen“. Er stimmte Horst Bischoff zu, dass diese Bewegung positiv zu bewerten ist und durch ISOR unterstützt werden sollte. Derzeit stehen inhaltliche und keine organisatorischen Fragen im Vordergrund. Nachgedacht wird über friedliche, evolutionäre Entwicklungen innerhalb der bestehenden Ordnung, realistische und bündnisfähige Gegenpositionen zur aktuellen Politik.

*

Horst Parton und Horst Bischoff informierten über ein Gespräch mit Rechtsanwalt Bleiberg. Danach endet der bestehende Beratervertrag zum 31.12.2018, wobei die Kooperation ohne finanzielle Verpflichtungen, wie auch die steuerrechtliche Betreuung bestehen bleiben.

Verfahren zu Zulagen/Zuschlägen werden durch RA Bleiberg außerhalb des Beratervertrages weiter vertreten.

Hans-Peter Speck schätzte ein, dass mit dem Ende des Beratervertrages und weiteren personellen Einsparungen ab 2019 erhebliche finanzielle Mittel frei werden. Deshalb ist eine Überarbeitung der Finanzordnung erforderlich

mit dem Ziel, den TIG einen größeren Eigenanteil an den Beiträgen und Spenden zuzuweisen.

*

Hartmut Schuchardt berichtete über die Fortführung von Gesprächen mit Abgeordneten und Regierungsvertretern in Thüringen, in deren Ergebnis jetzt ein Vorschlag beim Minister des Inneren vorliegt, eine politische Entscheidung in dieser Frage zu treffen. Da mittlerweile auch das Land Berlin Zulagen/Zuschläge als rentenwirksame Leistungen anerkennt, ist die weitere Entwicklung optimistisch zu beurteilen.

*

Wolfgang Schmidt informierte, dass die Bundeskanzlerin und drei Fraktionen des Bundestages angemahnt wurden, ob sie gedenken, das Schreiben des Vorsitzenden der ISOR vom 02.05.2018 noch zu beantworten. Reagiert hat die SPD-Fraktion, bei der das Schreiben angeblich nicht eingegangen sei und die um nochmaliige Zusendung ersucht hat.

Der Petitionsausschuss hat mitgeteilt, dass er die Ausschüsse des Bundestages um Stellungnahmen gebeten hat.

Zu Ehrenmitgliedern der ISOR e.V. wurden auf Beschluss des Vorstandes ernannt:

Peter Kurze (Leipzig)

Peter Kurze hat sich als langjähriger Vorsitzender der TIG Leipzig und als Mitglied des Beirates der ISOR große Verdienste beim Aufbau und der Festigung unserer Organisation erworben und genießt in seiner TIG und darüber hinaus hohes Ansehen als verantwortungsvoller und einsatzbereiter Funktionär.

Heinz Schulz (Cottbus)

Heinz Schulz gehört zu den Gründungsmitgliedern der ISOR, war langjährig im Beirat der ISOR tätig und hat sich in seiner TIG insbesondere auf dem Gebiet der Rechtsberatung in vorbildlicher Weise engagiert.

Verpflegungsgeld ist Arbeitsentgelt

Der Senator für Finanzen des Landes Berlin entschied Anfang September 2018, dass auch das Land Berlin nach dem Urteil des Landessozialgerichtes Berlin- Brandenburg vom 24.02.2016 verfährt und das Verpflegungsgeld als Arbeitsentgelt bei der Entgeltberechnung und damit bei der Rentenberechnung berücksichtigt wird. Damit folgen die Länder Brandenburg, Sachsen- Anhalt und Berlin der nunmehr gefestigten Rechtsprechung in dieser Angelegenheit. Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen schließen sich der gefestigten Rechtsprechung noch nicht an und warten noch auf rechtskräftige Urteile des jeweiligen Landessozialgerichtes.

Im Land Berlin gab es seit Anfang 2018 nach 2 Urteilen des Sächsischen Landessozialgerichtes die politische Auseinandersetzung, damit der Senat von Berlin die vorliegenden Anträge bearbeitet und den Antragstellern neue Entgeltbescheide ausstellt. Hier gab es eine gute Unterstützung durch die Fraktion der Partei DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin. Mit Hinweisen aus der TIG Berlin- Köpenick stellte der Abgeordnete Carsten Schatz 4 parlamentarische Anfragen, weil es in 3 Anfragen hinhaltende Antworten gab. Auch der Vorstand des Landesverbandes Berlin der Gewerkschaft der Polizei (GdP) war sehr aktiv und nutzte seine Möglichkeiten, damit der Senat die Entscheidung zur Berücksichtigung des Verpflegungsgeldes als Arbeitsentgelt treffen musste.

Seitens der Faktion der Partei DIE LINKE in den Landtagen von Sachsen, Thüringen und Mecklenburg- Vorpommern gibt es gute Schritte zur Durchsetzung der Rechte der Anspruchsberechtigten aus dem Sonderversorgungssystem Volkspolizei, Feuerwehr und Strafvollzug.

Nochmals wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Rentenstellen in den einzelnen Bundesländern nur auf Antrag des Anspruchsberechtigten zur Überprüfung des Entgeltbescheides nach § 44 des SGB X tätig werden.

*

Aus der Postmappe

Dieses Chemnitz gab es nicht in der DDR

Chemnitz ist eine kreisfreie Stadt im Südwesten des Freistaates Sachsen. Zweimal frei also ist diese Stadt. Und nun fühlten sich dort auch Neonazis, fremdenfeindliche Pegidas und die rechtspopulistische Partei „AfD“ (Alternative für Deutschland) frei und wohl, um Front zu machen gegen Ausländer, Kriegsflüchtlinge aus Asien und Afrika, und auch gegen die unschlüssige Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Faschistoiden deutsche Nationalisten durften in Chemnitz unter dem Feigenblatt „Demokratie“ den Hitlergruß und Naziparolen skandieren, Ausländer jagen und verprügeln sowie die sich ohnehin zurückhaltende Polizei mit Flaschen und Steinen bewerfen. Da übten führende AfD-Funktionäre politisch schon mal den Schulterschluss mit nazistischen Gruppierungen. Und das sächsische Oberhaupt, seines Zeichens CDU-eigener Ministerpräsident, meinte dazu: Es war alles nicht so schlimm, es gab keinen Mob, keinen Pogrom. Ist er auf dem rechten Auge blind? Was hat er mit dieser Haltung noch auf dem Präsidentensessel zu suchen? Nicht mal „Die Mutti der Deutschen und Europäer“, Kanzlerin Merkel, nahm ihn dafür in Schutz.

Das bisher noch geduldete Karl-Marx-Denkmal im Zentrum der Stadt „krümmt sich“ vor Entsetzen und Empörung, aber auch aus Furcht, es könnte demnächst vom Sockel gestürzt werden wie das Lenin-Denkmal in Berlin nach der Konterrevolution 1990. Es wehrt sich mit seinen antifaschistischen Beschützern gegen seinen Missbrauch durch den rechten Mob auf dem Platz vor ihm und in den Straßen der einstigen erstrangigen Industriestadt der DDR. Und es erinnert sich an die Zeit, in der es errichtet und geachtet wurde. Damals gab es keine Neonazis, keine Fremdenfeindlichkeit. Sozialismus war die Alternative für Deutschland. Fremdenhass und Fremdenfeindlichkeit waren in der DDR Fremdwörter, erst recht in der sächsischen Stadt Chemnitz, die damals Karl-Marx-Stadt hieß.

Da stand Achmed aus dem Irak neben Paule an der Werkbank des VEB ROBOTRON, um zu lernen wie man mit modernen elektronischen Maschinen umgehen muss. Im Hörsaal der Technischen Universität saß Elani aus Ghana neben Ilona, um sich Wissen anzueignen, wie man im eigenen Land die Industrie aufbauen kann.

Freundschaft und solidarische Hilfe für die Völker Afrikas und Asiens waren nicht schlechthin politische Lösungen, das war vor allem Herzenssache einer großen Mehrheit der DDR-Bevölkerung, die Einwohner von Karl-Marx-Stadt/Chemnitz eingeschlossen. Angesichts der aktuellen Ereignisse in Chemnitz stellt sich die Frage, wodurch hat sich die Haltung einer nicht zu unterschätzenden Zahl

Chemnitzer Bürger gegenüber Ausländern, speziell Flüchtlingen aus den Regionen der modernen Kolonialkriege der USA und den europäischen NATO-Ländern in Afrika und Asien derart gewandelt, dass sie die neonazistischen Ausschreitungen Ende August und Anfang September dieses Jahres in ihrer Stadt ohne wesentlichen Widerstand geduldet oder gar daran teilgenommen haben?

Die einstige DDR-Industriehochburg gehört seit der Konterrevolution und dem Schleifen der volkseigenen Industrie durch die „Treuhand“ 1990 zu den bundesdeutschen Städten mit dem größten Sozialraubbau. Die Arbeitslosenquote in Chemnitz 2017 übersteigt mit mindestens 1,6 Prozent den amtlichen Mogeldurchschnitt der Arbeitslosenquote in der BRD von 5,7 Prozent auf 7,3 Prozent. Etwa 15.000 arbeitsfähige Bürger der Stadt müssen mit Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder „hartzigem“ Einkommen leben. Ein gesellschaftlicher Frust mit sozialen Wurzeln hat sich entwickelt. Fremdenfeindlichkeit ist zum Ventil für viele Bundesbürger, nicht nur im Osten, avanciert, diesen Frust abzulassen und sich politischen Strömungen anzuschließen, die geschichtlich rückwärts fließen.

Bedauerlicher Weise findet sich in dieser gefährlichen gesellschaftlichen Situation keine konsequente politische Kraft, die das Steuer in eine friedliche, solidarische und sozial gerechte Zukunft herumreist. Die Partei „Die Linke“ wäre ihrer Theorie nach dafür prädestiniert. Aber sie ist zu unschlüssig, zu uneinig und zerstritten, als dass sie gegenwärtig die Massen für eine gesellschaftliche Veränderung in der BRD mobilisieren könnte. Aktuelle „echtrot-linke“ Politik erreicht die Masse der Bevölkerung nicht, weil sie wegen ihrer Widersprüchlichkeit an Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft verloren hat. Das trifft leider auch auf die Haltung der Linkspartei zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu. „Alles rein, egal welche Gründe für die Flucht und wie sich die Flüchtigen in unserem Land verhalten“ – das sind die einen. „Herein, aber schnellsten wieder hinaus, wenn sie das Fluchtwald BRD missbrauchen“ – das sind die anderen, vielleicht die Klügeren, zumindest aber die Realisten in der Partei. Leichte Hoffnung, dass sich eine wirksame Gegenkraft gegen Rechts aller Schattierungen entwickelt, erzeugt die von Sahra Wagenknecht und ihrem politisch wandelfähigen Oskar initiierte Sammlungsbewegung „Aufstehen“. Allerdings braucht sie noch ein klares Ziel. Im Moment erscheint es noch recht schwammig für die interessierte Öffentlichkeit. Der erfreuliche Zustrom von politisch erfahrenen Persönlichkeiten und klugen Intellektuellen macht allerdings zuverlässiglich, dass bald Ziel und Strategie der Bewegung sowie ihre Taktik des politischen Handelns deutlicher erkennbar werden. Das wäre vor allem für jene wichtig, die noch zögern, sich der Bewegung anzuschließen. Freilich hätte dann auch der Bundesverfassungsschutz ein neues Objekt seiner bundesstaatlichen Staatsschutzwicht, die er wie

bisher hinsichtlich außerparlamentarischen linken Opponierens mit der gewohnten „rechten Schieflage“ wahrnehmen wird. Trotz und mit dieser Erfahrung wird die oppositionelle Sammlungsbewegung im wahrsten Sinne des Wortes aber „aufstehen“ müssen, wenn sie die Bundesbürger aus ihrem „Wohlstandsschlaf“ wecken will.

Es ist anerkennenswert, dass in Chemnitz die evangelische Kirche zu einer Aktion gegen Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhass aufgerufen hatte und diesem Aufruf mehrere tausend Chemnitzer Bürger gefolgt sind. Andererseits ist es aber auch für die politisch linken Kräfte in Chemnitz, und Sachsen überhaupt, peinlich, dass sie eine solche antifaschistische Aktion einer Religion überlassen müssen, anstatt sie als politische Institution selbst zu initiieren. „Gottes Segen“ hat noch nie realen und dauerhaften Frieden zwischen den Völkern geschaffen. Kriege wurden und werden von Menschen gemacht und die „Götter aller Religionen“ sahen und sehen dabei tatenlos zu, segnen allenfalls die eine oder andere Kriegspartei, und für das gegenseitige Zerstören und Töten liefern sie sogar das „Alibi“ für die ökonomischen und Machtinteressen der jeweils herrschendem Klassen, wie gegenwärtig in Afrika und Asien. Die „Ehrlichkeit“ von Aktionen jedweder Kirchen gegen Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhass ist insofern mit Zweifeln belastet, wie überhaupt jede politische Einmischung der Kirche in die Politik oder gar deren Beherrschung. Heuchelei gehört zum „Geschäft“ von Religionen und deren kirchlichen Verfechtern.

Der religiös unbeeinflusste Teil der BRD-Bevölkerung wartet sehnstüchtig und ungeduldig auf ein linkes politisches Signal: Lasst kein Chemnitz vom August und September 2018 wieder zu! Lasst Karl Marx auf seinem Denkmalsockel in Chemnitz stehen! Seine Ideen könnten die aktuellen Probleme lösen! Sie sind die Zukunft! Aufstehen, es ist höchste Zeit!

Manfred Wild

*

Von der Oberfläche in die Tiefe

Im Gedenken an Daniel H.
von Jonny Michel und Raimon Brete; Chemnitz

Der gewaltsame Tod eines Menschen ist ein zu tiefst emotionaler Vorgang. Aber der Schmerz darüber darf nicht den Blick auf dessen Ursachen verstellen und uns schon gar nicht die Vernunft rauben.

Wir gedenken Daniel H. und sprechen der Familie und den Angehörigen unser aus tiefstem Herzen kommendes Beileid aus.

Ein tragischer und sinnloser Tod. Die Täter sind zur Rechenschaft zu ziehen!

Die politische Instrumentalisierung durch rechte und neofaschistische Kräfte und deren pöbelnde Aufmärsche sind zu verurteilen. Sie fanden massiv, ausgerechnet am Weltfriedenstag, in Chemnitz rassistisch und menschenver-

achtend statt. Jedweden Anstand vermissend, vereinnahmten sie den tragischen Tod von Daniel H. für ihre miesen und verabscheugewürdigen Forderungen. Provozierend ihr Auftritt und in der Anwendung von Gewalt nicht zimperlich – so präsentierten sich die Anhänger von Höcke, Bachmann, Kohlmann und Co. und skandierten einen neuen Nationalismus. Und nicht wenige liefen diesen neuen selbsternannten „Herrenmenschen“ hinterher, angeblich aus Sorge. Die Parolen: „Merkel muss weg“ und „frei, sozial und national“ trugen sie wie eine Monstranz vor sich her.

In den „Sozialen Netzwerken“ tobte ein „Krieg“ gegen alle, die nicht ausländerfeindlich sind. Blut und Boden-Rhetorik steht auf der Tagesordnung. Der nicht vorhandene „Arier“ erlebt seine Auferstehung. Die, die einen „Rechtsstaat“ fordern, meinen den ihren, sie meinen ihre Gesetze – „Ausländer raus!“, „Deutschland zuerst“. Beleidigungen gegenüber Migranten werden von den Administratoren, allen voran von „tag24“ bei facebook, geduldet, aus Angst, die Meinungsfreiheit einzuschränken. Antikommunismus, auch beflogt von manch linken Strömungen, scheint mittlerweile nur noch eine Bagatelle.

Hier rächt sich das Märchen von der „wehrhaften Demokratie“. In entscheidenden Momenten der Geschichte war die Demokratie, wie wir sie heute kennen, nie wehrhaft. Die AfD ist beispielsweise gerade dabei, mit demokratischen Mitteln diese Demokratie abschaffen zu wollen. Und nicht nur die AfD. Ein Blick in andere, mittlerweile rechtsgerichtete europäische Länder, zeigt, wie schnell mit Hilfe der Demokratie genau diese manchmal schleichend und später ganz offen abgeschafft werden kann.

Ja, diese Regierung muss weg, aber aus Gründen, die mit ihrer Politik die Ursachen der weltweiten Fluchtbewegung mit 68 Millionen Menschen setzt und die Spaltung der Gesellschaft befördert.

Dies sind die Kriege der USA, von Deutschland unterstützt oder toleriert, die Afghanistan, Syrien, Libyen usw. destabilisiert und unbeschreibliches Elend unter der Bevölkerung erzeugt haben. Dies sind die Rüstungsexporte Deutschlands in alle Welt. Zu keiner Zeit haben die meisten europäischen Staaten Lehren aus der Kolonialzeit gezogen. Handelsbeschränkungen gegenüber afrikanischen Ländern sorgen weiter dafür, dass sich die Wirtschaftslage dort nicht verbessert. Gewollt, weil Konkurrenz auf europäischen Märkten im Dienst des Profits nicht erwünscht ist.

Dies ist die Verschärfung der Gegensätze, von Arm und Reich sowie Ost und West, insbesondere in Deutschland. Dies ist auch der Nachhall einer Politik der Deindustrialisierung der ehemaligen DDR.

Die Verletzungen demokratischer Grundsätze und humanitärer und sozialer Rechte durch die Regierenden in Deutschland und Europa

werden nunmehr offensiv und aggressiv von rechten Parteien und Gruppierungen für ihre menschenverachtenden politischen Aktivitäten, u.a. zur Schaffung sogenannter national befreiter Zonen, mittels Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, genutzt. Die AfD ist, dank der Duldung durch etablierte Parteien, auch eine Heimat für Staatsanwälte, Richter und Polizisten geworden.

Eine solche Entwicklung sollte eigentlich das Grundgesetz verhindern. Warnende Hinweise gab es genügend:

Damals formulierte Max Reimann, Bundestagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender der KPD, zur Ablehnung des Grundgesetzes durch die KPD: „Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!“

Anlässlich der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder am 10.4.2005 in Weimar folgende, wahrhaft ehrenvolle Worte: „Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus, an Krieg, Völkermord und Verbrechen ist Teil unserer nationalen Identität geworden. Daraus folgt eine bleibende moralische und politische Verpflichtung.“

Seine wohl bekannteste Rede hielt Richard von Weizsäcker zur Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges:

„Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft... Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Vor fünfzig Jahren, am 2. Juli 1965, wurde in Ostberlin das „Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik – in Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft“ vorgestellt. Verena Nees schreibt am 4. Juli 2015:

„In seiner ersten Auflage listete es die SS-Dienstränge und NS-Parteiämter von 1800 Wirtschaftsführern, Politikern und führenden Beamten der Bundesrepublik Deutschland auf, in der dritten Auflage von 1968 sogar von über 2.300 Personen -- darunter von 15 Ministern und Staatssekretären, 100 Generälen und Admirälen der Bundeswehr, 828 Richtern, Staatsanwälten und hohen Justizbeamten, 245 leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes und 297 hohen Polizeiangehörigen und Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörden. Die Angaben wurden detailliert mit Aussagen und Zitaten aus Gerichts-, Militär- und Gestapoarchiven und teilweise mit Faksimiles belastender Dokumente belegt. „Das ganze System ist braun“, erklärte Herausgeber Albert Norden auf der internationalen Pressekonferenz.

Erst im vorigen Jahr formulierte die Kommunistische Plattform Chemnitz unter der Überschrift „Ehrlich und kritisch Ursachen für Rechtsentwicklung in Deutschland benennen“:

„Der rechte Virus, oft zu hören und zu lesen, grasiert wohl besonders im Osten Deutschlands, dessen Herkunft aber zu hinterfragen ist. Bei genauerer Analyse kam mir spontan der Slogan „Die Rechten kommen aus dem Westen“ in den Sinn. Dies ist sicher eine sehr verkürzte Sichtweise, aber es ist auffallend, dass die Führungsriege der AfD mit westdeutschen Biografien, also einer von westlichen Werten geprägten Zeit ihrer Bildung und Sozialisierung, aufwartet. Sie sind Kinder einer Zeit, wo Nazis (Globke, Kiesinger, Speidel.) in der Bundesrepublik führende Positionen in Politik, Justiz,

>>> Fortsetzung auf Seite 8



Deutschland und sein Verhältnis zu Russland

Das Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten prägt wesentlich seit mehreren Jahrhunderten die Entwicklung Preußens und Deutschlands. Es ist auch in der Gegenwart bestimmt. Jörg Kronauer, ein in London lebender Journalist, weist mit seinem Buch „Meinst Du die Russen wollen Krieg“ die Kontinuität der imperialistischen deutschen Außenpolitik bis in die Gegenwart nach.

Auf Einladung der TIG Strausberg kommt

Jörg Kronauer am 15.11.2018, 15:00 Uhr
nach Strausberg, Wirtschaftsweg 70,
Eingang STEREMAT

Interessenten aus Berlin und Umgebung sind herzlich eingeladen. Anmeldungen nimmt Hans-Joachim Friedrich, Tel. 0170/5 88 27 28, entgegen.

*

>>> Fortsetzung von Seite 6

Polizei, Geheimdiensten, Bundeswehr, Bildung usw. inne hatten und somit für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung verantwortlich zeichneten.

Letztlich werden aber vorwiegend von Politikern und leider auch von einigen Medien nur die Menschen und Verhältnisse im Osten für den offensichtlichen Rechtsruck von Sachsen bis Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich gemacht. In den Betrachtungen bleibt völlig ausgeblendet, dass nach 1990 ein Heer von Beamten in ostdeutsche Führungspositionen drängten. Sie haben dort ihre Wertevorstellungen eingebracht und mit zum Teil drakonischen Maßnahmen, wie z.B. Evaluierungen, Entlassungen, durchgesetzt und auch dafür gesorgt, dass personalpolitisch ein Kahlschlag in Bereichen wie der Wissenschaft, Bildung, Kultur, Medien, Justiz, Polizei (...) erfolgte (...)".

Die Parteien, Verbände und deren Vertreter sowie die Politiker sind an ihrem Einsatz für Demokratie und ihrem soziale Gewissen sowie politischen Handeln zu messen!

Gebt nur denen Eure Stimme und übertragt nur denen gesellschaftliche Verantwortung, die sich für ein friedliches Miteinander und für soziale Gerechtigkeit in Wort und Tat einsetzen.
Einladung

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG ZU RUSSLAND UND CHINA

Die Organisationen Deutsch-Chinesischer Freundschaftsverein Ludwigsfelde, GRH, GBM, der Deutsche Freidenker-Verband, die Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft, das Komitee arabischer Antifaschisten in Europa, sowie „Mütter gegen den Krieg“ Berlin-Brandenburg laden herzlich zu unserer Veranstaltung am

**30.10.2018 um 18.00 Uhr,
in den Münzenbergsaal, ND-Gebäude,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
ein.**

Sie steht unter der Thematik Russland und China – wirksame Bastion für Frieden, gegen Angriffskriege der NATO und neokoloniale Unterdrückung der Entwicklungsländer.

*

Zwischenruf

Also erst die Begleitung von diesem Jungen auf der Fahrt zum Berliner Weihnachtsmarkt. Den Jungen kannten wir ja gar nicht. Also bis auf ein paar V-Leute und ein paar Akten, die dann irgendwelche Erbsenzähler gefunden haben wollen.

Und meine Gespräche mit den Politikern. Ja, kann sein, darunter waren welche mit Schlagenden Verbindungen. Die Verfassungsdemokratie muss schon mal einen Hieb aushalten können. Sie ist ja schließlich geschützt.

Als ich mir dann das Video aus Chemnitz ansah, hatte ich statt meiner goldgeränderten Brille eine mit braunem Gestell gegriffen. Horst hat das als einziger verstanden. Wohingegen diese vorsitzende Frau von Deutschlands drittstärkster Partei meine fristlose Beförderung, also mehr so eine Versetzung fast schon energisch forderte. Geld haben sie mir nicht

weggenommen. Zwei dieser Koalitionsparteien haben ja auch das „sozial“ im Schild. Da wäre das gar nicht gegangen. Jetzt soll ich Sonderaufgaben im Innern des Innenministeriums lösen. Vielleicht Videos ansehen?

Zum Schluss haben die beiden vorsitzenden Frauen gesagt, sie hätten etwas falsch gemacht und das Volk tut ihnen leid. Werden die nun auch versetzt? Dann bliebe Horst übrig. Aber der kann wenigstens Mass halten.

*

Auch das noch!

Von der Folterhölle zur Liebesfestung:

In Hohenschönhausen sind zwei komfortable Zimmer frei geworden.

*

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel , Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 26.09.2018

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.10. 2018

Einstellung im Internet: 09.11.2018

Auslieferung: 13.11.2018

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16